

Pressemitteilung

Nr. 355/2019

Potsdam, 24. September 2019

Achtung Sperrfrist: Heute, 14.00 Uhr

Jüdischer Landesverband West erhält Körperschaftsrechte

Kulturministerin Münch übergibt Urkunde an Vertreter des Jüdischen Landesverbandes

Kulturministerin **Martina Münch** hat heute in Potsdam Vertretern des Jüdischen Landesverbandes West die Urkunde über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Land Brandenburg übergeben. *„Ich freue mich, dass ich heute dem Landesverband West der Jüdischen Kultusgemeinden in Brandenburg die Körperschaftsrechte verleihen konnte. Der Landesverband West vereint jüdische Gemeinden in Potsdam und Brandenburg und trägt ganz wesentlich dazu bei, jüdisches Leben in unserem Land wieder sichtbar zu machen. Dass jüdische Gemeinden und Verbände nach den Verbrechen des Dritten Reiches wieder entstehen und einen wesentlichen Beitrag zur Vielfalt unseres Landes leisten können, ist Ausdruck des Vertrauens von Jüdinnen und Juden in unser Land – dafür bin ich dankbar. Wir werden dem Landesverband West bei der Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft gerne zur Seite stehen.“*

Der **Jüdische Landesverband West** ist der Dachverband jüdischer Gemeinden in Potsdam und Brandenburg an der Havel. Zum Tätigkeitsspektrum der Verbandsgemeinden gehören Gottesdienste, rituelle Feiern, religiöse Unterweisung und sakraler Gesang ebenso wie umfangreiche soziale und kulturelle Aktivitäten, beispielsweise Sozialberatung, Unterstützung notleidender Mitglieder, Vorträge, Exkursionen und Konzerte. Der Jüdische Landesverband West wurde 2012 als Bund der jüdischen Kultusgemeinden in Brandenburg gegründet und führt seit 2016 seinen heutigen Namen. Neben dem Landesverband West gibt es in Brandenburg den Landesverband der jüdischen Gemeinden Land Brandenburg, der bereits seit 1992 über die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verfügt.

Der Status einer **Körperschaft des öffentlichen Rechts** kann Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verliehen werden. Mit dem Körperschaftsstatus sind Privilegien verbunden wie die Möglichkeit, öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse zu begründen, Steuern zu erheben, Friedhofsträger zu werden oder Mitspracherechte in Gremien zu erhalten.

